

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

42/43**80**

Union in Deutschland

Bonn, den 3. Dezember 1980

Helmut Kohls Antwort auf die Regierungserklärung ist die klare Alternative zu einer Politik ohne Zukunft

Die Stunde der Opposition

Noch niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein Regierungsprogramm auf so einmütige Ablehnung gestoßen, wie das von Bundeskanzler Schmidt. Eines müden Kanzlers mutlose Erklärung, schrieb eine Zeitung. In der Debatte stellten Helmut Kohl und die anderen Sprecher der Union dieser Politik ohne Zukunft eine klare Alternative in allen wichtigen Lebensfragen unseres Volkes entgegen; sie zeigten zugleich auf, wo künftig Gemeinsamkeiten, insbesondere in der Außen- und Deutschlandpolitik, erreicht werden sollten.

Ein Entwurf für die Zukunft war dies nicht, erklärte Helmut Kohl. Wer Mut zur Zukunft fordert, der muß auch Mut zur Ehrlichkeit haben, muß von Nüchternheit des Urteils ausgehen, von knappen Mitteln reden, ja er sollte das Wort Verzicht aussprechen können. Mut beruht auf Einsicht, nicht auf der Selbstberuhigung, es würde schon alles gutgehen.

Wo der Reformismus an Auszehrung leidet, da bleibt nur die Katalogisierung der organisierten Interessen. Das haben wir in 110 Minuten zur Kenntnis nehmen dürfen, und wir waren auch nicht überrascht. Es war ein Beleg für die geistige Austrocknung der Regierungskoalition von SPD und FDP.

Wo sind die großen Perspektiven der Zukunft? Wo sind die verpflichtenden Ziele? Wo kann das Regierungsprogramm über den Tag hinaus Gültigkeit beanspruchen?

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Welch einen Weg hat diese SPD/FDP-Koalition vom einstigen Kampfruf „Mehr Demokratie wagen“ bis zum heutigen „Keine Experimente“ zurückgelegt!

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer gefährlichen Schieflage: binnenwirtschaftlich, außenwirtschaftlich, sicherheitspolitisch. Trotz aller lautstarken Bekundungen der SPD in den letzten Jahren ist der Friede zu Beginn der achtziger Jahre auch in Europa nicht sicherer geworden. „Wir spüren, daß der Friede zerbrechlich ist. Wir spüren Ängste und Unsicherheit.“ Das, Herr Bundeskanzler, ist Ihre eigene Bilanz in der Regierungserklärung.

Wir alle wissen, daß die Krisenherde im Mittleren und Nahen Osten auch unsere nationalen Interessen unmittelbar und in vielfältiger Weise berühren; daß die Sowjetunion dabei ist, ein neues Wettrüsten zu provozieren.

Wir erleben bereits, wie die Neigung Moskaus und seiner Verbündeten wächst, wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten in ihrem Machtbereich durch die Anheizung deutsch-deutscher Konflikte abzulenken: wie versucht wird, den innen- und außenpolitischen Kurs zu verschärfen mit der wahrheitswidrigen Begründung, die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Länder mischen sich in die inneren Verhältnisse der Warschauer-Pakt-Staaten ein.

Wir teilen deshalb mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, die Sorge über die Ausbreitung der internationalen Spannungen und Krisen; wir teilen die Sorge um die Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt. Wir würden aber beide,

Regierung wie Opposition, vor den Aufgaben der Zukunft versagen, wenn wir nicht gemeinsam darüber nachdenken, was heute dem Frieden dient und wie wir auch künftig unsere Freiheit sichern.

Welche Schlußfolgerungen müssen wir aus der gegenwärtigen Lage ziehen:

① Wir dürfen die Mächtigen im Kreml und in Ost-Berlin nicht zu Wahlhelfern irgendeiner Partei werden lassen. Das wäre gefährlich und unwürdig und führt im übrigen zu hastigen Vertragsabschlüssen. Die jüngsten Belastungen im innerdeutschen Verhältnis haben auch ihre Ursache in der sprunghaften Art und Weise, in der die Bundesregierung das Gespräch des Bundeskanzlers mit SED-Chef Honecker im Vorfeld der Bundestagswahl vorbereitet und schließlich doch abgesagt hat.

② Die deutsche Politik gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion muß in Zukunft wieder so angelegt sein, daß sie auf einem Konsens ruht. Konsens heißt nicht konfliktfreie Harmonie:

Konsens heißt gemeinsame Grundüberzeugungen:

- über die bleibende Gestalt der Nation,
- über die verbindenden Werte der Nation und
- über das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Dazu gehört auch das Bemühen um Übereinstimmung darüber, was zu tun ist.

- ③ Dazu gehört die Erfahrung,
- daß in Ostmitteleuropa eine tiefe Unruhe herrscht,
 - daß die unerfüllten Verheißen-

der Schlußakte von Helsinki eingefordert werden und

— daß die Menschenrechte dort ihre alte, emanzipatorische Kraft entfalten, wo sie am stärksten mißachtet werden.

Zur Zeit steht unser Nachbar Polen vor einem schweren Winter. Die neu gegründete Gewerkschaft stellt das Land vor die sicherlich nicht einfache Aufgabe, ein neues politisches Gleichgewicht zu finden und zu stabilisieren. Wir verfolgen dies Entwicklung mit großer Wärme. Gleichzeitig hat Polen sehr ernsthafte Versorgungsprobleme, vor allem im Bereich der Ernährung.

Wir sollten als Nachbarn und Europäer ohne Verzug intensiv und phantasievoll — und wenn möglich, in allen Parteien des Hauses — darüber nachdenken, was wir dazu beitragen können, daß unser europäischer Überfluß an Nahrungsmitteln in Wahrnehmung europäischer und christlicher Solidarität denen zugute kommen kann, die sonst neben uns Mangel leiden müssen.

④ Die deutsch-deutschen Beziehungen müssen verstärkt als Teil der internationalen Politik begriffen werden. Sie sind ein Problem des Friedens in Europa und in der Welt. Deshalb muß es im Interesse aller europäischen Staaten und der internationalen Politik liegen, daß keine neuen Spannungen von den deutsch-deutschen Beziehungen ausgehen können. Beide Seiten müssen für einander kalkulierbar handeln.

⑤ Die deutsche Frage, das ist aber nicht nur große Politik. In unseren Tagen sind wir daran erinnert worden, daß dies auch getrennte Familien sind, Kinder und Eltern, Bruder und Schwester, und daß es eine lange gemeinsa-

me Geschichte des Schmerzes und der Tränen gibt. Die Nation, mag sie auch geteilt sein durch eine schreckliche Grenze, bleibt in ihrem Leiden an der Trennung eine Einheit.

Die CDU/CSU hat beizeiten vor Selbsttäuschung gewarnt, aber die Lage ist zu ernst und die Vertiefung der Trennungslinien für alle Deutschen zu belastend, als daß wir uns jetzt selbstgefällig mit Rechthabereien aufhalten können. Ebensowenig, Herr Bundeskanzler, gibt es aber auch einen Anlaß, jetzt von der CDU/CSU zu verlangen, sie solle nachträglich noch jenes Wunschedenken von SPD und FDP übernehmen, das sich gerade jetzt als Täuschung erweist.

Es ist in nichts zerfallen, was manche Sozialdemokraten sich selbst versprochen: Wandel durch Annäherung.

Es besteht vielmehr aller Grund zu einer schmerhaften Überprüfung der deutschen Position in der Welt und der Folgerungen, die sich daraus für die innere Situation ergeben.

Was ist zu tun?

① Wir müssen auch in den 80er Jahren mit Moskau, Ost-Berlin, Warschau und den anderen Staaten des Warschauer Paktes im Gespräch bleiben.

② Gegenüber der Sowjetunion brauchen wir wieder eine klare Geschäftsgrundlage, gegenüber Osteuropa eine behutsame Politik, die nicht als Einmischung denunziert, aber auch nicht als kaltes Desinteresse mißverstanden werden kann. Unsere Beziehungen müssen der Verschiedenartigkeit der politischen und wirtschaftlichen Probleme der sozialistischen Länder Osteuropas Rechnung tragen.

Verständnis für die Völker, Nüchternheit und Sachlichkeit gegenüber den Regierungen, das muß die Leitlinie sein, insbesondere gegenüber Ost-Berlin fernab jeder Verbrüderung, fernab peinlicher Bruderküsse unter Genossen: dabei bleibt es uns aufgegeben, für die Menschen und das friedliche Nebeneinander der Völker das Mögliche zu erreichen.

③ Der Moskauer Vertrag, der Warschauer Vertrag, der Grundlagenvertrag mit der DDR, der Brief der deutschen Einheit, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts, der UNO-Beitritt und die Schlußakte von Helsinki sind nicht nur geltendes Recht, an das wir uns halten. Es sind wesentliche Komponenten der deutschen Außenpolitik, die völker- und verfassungsrechtlich richtig ausgelegt, aber auch politisch intensiv im Interesse, unseres Volkes und des Friedens genutzt werden müssen.

④ Unsere östlichen Gesprächs- und Verhandlungspartner müssen wir wieder ernster nehmen als in den letzten Jahren:

Das beginnt mit der nüchternen Beurteilung ihrer politischen Strategie; sie liegt offen zutage und ist durchaus berechenbar. Das setzt sich in der Sprache fort. Entscheidend darf nicht die Atmosphäre von Gesprächen sein. Was zählt, sind Ergebnisse. Den östlichen Gesprächspartner ernster nehmen heißt aber auch, ihn nicht über unsere eigene Politik im unklaren zu lassen.

Nach dem ständigen und andauernden Auslegungsstreit der Ostverträge und der KSZE-Schlußakte müssen wir zu einer pragmatischen Diplomatie zurückkehren, das heißt vor allem:

Abmachungen mit Staaten, die sich selbst als ideologische Feinde der

Bundesrepublik Deutschland bezeichnen, müssen eindeutig sein, in Leistung und Gegenleistung ausgewogen und in gleicher Weise bindend sein. Nur eine klare Sprache garantiert eine zuverlässige und für alle Seiten berechenbare Politik.

Je klarsichtiger, zielstrebiger und disziplinierter wir alle im Westen unsere eigenen Maßstäbe und Ziele im Rahmen der zweiseitigen Beziehungen mit den Warschauer-Pakt-Staaten, im Rahmen der UNO und der KSZE zur Geltung bringen, um so eher werden die Sowjetführer Sachzwangen Rechnung tragen und auf den Boden der politischen Realitäten zurückkehren.

⑤ Die CDU/CSU tritt weiterhin für die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Bereich auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens ein. Wir warnen aber entschieden davor, uns in einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit zu begeben.

⑥ Eine Politik der Verständigung und Entspannung setzt ein militärisches Gleichgewicht nicht nur weltweit, sondern auch in Europa voraus. Dazu müssen auch wir im Rahmen des NATO-Bündnisses beitragen. Gerade die letzten zehn Jahre verstärkter sowjetischer Aufrüstung und der sowjetische Überfall auf Afghanistan haben gezeigt, wie gefährlich es sein kann, aufgrund unseres Wunsches nach Frieden und Entspannung den Sektor der militärischen Sicherheit zu vernachlässigen.

Wir müssen gegenüber der Sowjetunion entschlossen auf Wiederherstellung und Sicherheit des militärischen Gleichgewichts in Europa bestehen.

7 Es bleibt für uns unannehmbar, daß auf unfreundliche Maßnahmen anderer Staaten oder Organisationen gegen die Bundesrepublik Deutschland keine Reaktionen der Bundesregierung erfolgen. Der Ruf: „Rettet die Entspannung“ ist für die Regierung vielfach zum Ausdruck für Hilflosigkeit und Konzeptionslosigkeit geworden. Ja, er kommt einer schrittweisen Selbstaufgabe gleich.

Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, sollte weniger reden als vielmehr angemessen, schnell und entschieden handeln. Natürlich kann nur der handeln, der weiß was er will. Uns als Opposition kommt es zu, Bedenken, Warnungen und Kritik zu äußern und damit stets auch die Verhandlungsposition der Regierung nach außen zu stärken.

Lassen Sie mich an einigen wichtigen Beispielen erläutern, was in den 80er Jahren unter Gemeinsamkeit zu verstehen ist und wo die Grenze liegt:

Die Regierung wird unsere volle Unterstützung haben

- wenn sie Initiativen zur Fortentwicklung der europäischen Einigung ergreift,
- wenn sie atlantische Solidarität praktiziert,
- wenn sie einen Beitrag zur gleichgewichtigen Abrüstung leistet,
- wenn sie die Absichtserklärungen der Ostverträge mit Leben erfüllen und menschliche Erleichterungen zwischen Ost und West erreichen will,
- wenn sie ihren Beitrag zu einer humaneren Entwicklung der Dritten Welt leisten will.

Und nun zu Ihrer Wirtschafts-, Finanz-

und Haushaltspolitik: Nie zuvor in der 30jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat ein Regierungschef eine so schlechte Bilanz in diesem Bereich zu verantworten wie Sie, Herr Bundeskanzler:

Seit sieben Jahren leidet unser Land unter einer Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe und sie wird im kommenden Jahr noch erheblich darüber hinauswachsen.

Ein schleichender Kaufkraftverlust unserer Währung kann durch ein hohes investitionshemmendes Zinsniveau nur mühsam gebremst, nicht aufgehalten werden.

Der Bund hat die Steuerverschuldung — selbst in konjunkturell günstigen Zeiten — in einem solchen Tempo anwachsen lassen, daß der Schuldendienst in Kürze schon aus der Substanz des Steueraufkommens bedient werden muß.

Das Defizit in unserer Leistungsbilanz ist auf annähernd 30 Milliarden pro Jahr gewachsen; unsere Devisenreserven schmelzen zusammen. Wir machen mittlerweile auch im Ausland erhebliche Schulden. Die fallende Notierung der DM an den internationalen Devisenbörsen signalisiert kein Vertrauen zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Unsere Abhängigkeit vom Öl besteht unvermindert fort, unsere Energieversorgung in der Zukunft ist ungewisser denn je.

Der internationale Wettbewerbsdruck wächst, aber eine gewaltige Investitionslücke verzögert die Strukturanpassung unserer Wirtschaft.

Das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich im kommenden Jahr voraussichtlich bis zum faktischen Stillstand.

All dies, Herr Bundeskanzler, war auch vor der Wahl schon bekannt. Die Opposition hat beizeiten gewarnt. Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit — nur Wochen nach der Wahl — wie beim letzten Mal.

„Für Pessimismus“ besteht „keine Berechtigung“, erklärten Sie vor der Wahl: das „Gerede“ von der Staatsverschuldung nannten Sie „dummes Zeug“. Die Daten, mit denen wir Sie vor der Wahl konfrontierten, haben Sie als „Horrorzahlen“ wegewischt. Nach der Wahl wurden diese traurigen Tatsachen in einem Brief bestätigt, den Ihnen Graf Lambsdorff als Grundlage Ihrer Regierungserklärung zusandte. Die ungeschminkte Wahrheit haben die Wähler von Ihnen bisher noch nie rechtzeitig zu hören bekommen.

Vernünftige Wirtschaftspolitik, Herr Bundeskanzler, das kann in der gegenwärtigen Krise nur bedeuten, daß wir in einer konsequenten Politik der Sozialen Marktwirtschaft die noch immer vorhandenen wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Kräfte unseres Landes wieder stärker herausfordern. Denn Sparsamkeit allein ist kein Programm. Wir brauchen zumindest maßvolles Wirtschaftswachstum. Unsere äußere Sicherheit, die Verstärkung unseres Beitrags zur Entwicklung der Dritten Welt, die Einstellung auf die internationale Wettbewerbssituation und nicht zuletzt der Auftrag, der nachwachsenden Generation Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen — all dies fordert Investitionen, die nur von einer wachsenden Wirtschaft erbracht werden können.

Soziale Marktwirtschaft verlangt zu-

nächst mehr politische Selbstdisziplin, Verzicht auf die Illusion, für den Staat sei alles „machbar“. Sie verlangt Vertrauen in den Bürger und den Verzicht auf Gesetzgebungseifer und bürokratische Disziplinierung.

Staatsverschuldung, dies gilt es zu begreifen, ist nicht nur ein ökonomisches, ein finanzpolitisches Problem. Staatsverschuldung ist auch eine Belastung für das Vertrauen der Bürger. Denn jedermann weiß: Jede Mark Kredit wird entweder irgendwann zu Steuern oder aber sie wird durch hohe Inflationsraten weggemogelt. Einen dritten Weg gibt es nicht. Deshalb, Herr Bundeskanzler, werden wir sehr wachsam prüfen, was Sie zur Konsolidierung des Staatshaushaltes tun.

Zum Schluß seiner Rede erklärte Helmut Kohl: Wir stehen am Anfang einer Legislaturperiode, die unseren Staat — das gilt für alle Bereiche der Politik — ernsten Belastungs- und Bewährungsproben aussetzen wird. In dieser Lage erhebt sich für uns alle — ob für die Regierung oder die Opposition — eine zentrale Frage. Sie lautet: Was erwarten die Bürger von uns, ihren gewählten Vertretern, in den kommenden Jahren? Nach dem Bundestagswahlkampf, der hinter uns liegt, gibt es Anlaß genug, über diese Fragen nachzudenken — und sie zu beantworten. Der Wahlkampf 1980 hat wie keiner zuvor den inneren Frieden in der Bundesrepublik Deutschland belastet.

Ohne inneren Frieden — das ist eine Lehre der Geschichte — ist die parlamentarische Demokratie auf die Dauer nicht lebensfähig. Wir brauchen nur auf die erste deutsche Republik und ihre Agonie zu blicken, um zu wissen, daß

dem Verfall des inneren Friedens der Verfall des freiheitlichen Staates folgt.

Wenn wir, die gewählten Vertreter des Volkes, unserer demokratischen Verantwortung gegenüber Volk und Staat gerecht werden wollen, dann müssen wir bei allem Streit um den besseren Weg, die bessere Lösung in der Politik, immer darauf bedacht sein, aus diesem Streit niemals einen Glaubenskrieg mit dem Willen zur moralischen Vernichtung des Andersdenkenden werden zu lassen.

Wenn in der parlamentarischen Demokratie die politischen Parteien darauf verzichten, den Gegner zu dämonisieren, dann ist dies ein Beitrag zum inneren Frieden — und damit zum Erhalt der parlamentarischen Demokratie. Der Bürger erwartet von den im Bundestag vertretenen Parteien gewiß nicht, daß sie in den vor uns liegenden Jahren die Grenzlinien, die zwischen ihnen verlaufen, verwischen und die Auseinandersetzungen in der Sache kleiner schreiben.

Aber was er von ihnen erwartet — und auch erwarten darf — ist dies: mehr Achtung voreinander und weniger Kälte im Umgang miteinander; mehr Bereitschaft einander zuzuhören und das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Was ist uns allen gemeinsam?

In seiner letzten öffentlichen Rede hat Konrad Adenauer gesagt — und er hat dieses Wort an alle demokratischen Parteien in unserem Lande gerichtet —, entscheidend sei die Liebe zu unserem Volk. Lassen Sie uns im Geist dieser Mahnung an die Arbeit gehen — zum Wohle unseres Volkes! In diesem Sinne, Herr Bundeskanzler, wünschen wir Ihnen für die vor uns liegenden Jahre Erfolg für unser Vaterland.

FRIEDRICH ZIMMERMANN:

Jetzt erhält der Bürger die Rechnung

Es ist schon merkwürdig, daß am Tage nach einer Bundestagswahl die Dinge immer anders aussehen als noch am Tage davor. 1976 mußte die Bundesregierung den Offenbarungseid bei der Rentenreform leisten, und auch diesmal scheint in der Wahlnacht vom 5. Oktober das Unheil über die Bundesrepublik Deutschland unversehens hereingebrochen zu sein. Plötzlich ist von einer bedrohlichen Staatsverschuldung die Rede, von über einer Million Arbeitslosen, und die DM brach gegenüber dem Dollar ein.

Natürlich kam das nicht über Nacht, aber der Kanzler und diese Regierung haben es wie 1976 fertiggebracht, der deutschen Öffentlichkeit den wahren Sachverhalt zu verbergen. Jetzt erhält der Bürger die Rechnung. Wie will eigentlich eine Regierung Vertrauen erwarten — und der Bundeskanzler hat vor allem die Jugend angesprochen --, wenn sie mit dem Bürger derart umspringt?

Hier wird allzu offensichtlich auf die Vergeßlichkeit der Menschen spekuliert. Es scheint den Regierenden nicht klar zu sein — oder sie nehmen es in Kauf —, daß der zunehmende Vertrauensschwund der Bürger auch ein Stück Demontage der Glaubwürdigkeit unserer Demokratie bedeutet. Niemand braucht sich über die Abwendung vieler junger Leute von den politischen Parteien zu wundern, wenn Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit von der Spitze des Staates nicht geübt werden.

Es ist dabei kein Trost für die Unions-

parteien, die Schwierigkeiten der finanzi- und wirtschaftspolitischen Lage offen angesprochen zu haben. Jeder Verlust an Glaubwürdigkeit des demokratischen Systems trifft alle demokratischen Parteien. Und es war schließlich ein SPD-Kollege dieses Hauses, der vorgeschlagen hat, die Bundestagswahlen 1984 um 14 Tage zu verschieben, weil sich gezeigt hat, daß bisher immer nach dem Wahltag erst die Wahrheit ans Licht kam.

Die Bundesregierung hat vor der Wahl die Wirtschafts- und Finanzlage stark geschönt, um es vornehm auszudrücken. Die CDU/CSU hat keine Veranlassung, vielleicht noch aus Dankbarkeit gegenüber den Verunglimpfungen im Wahlkampf, jetzt der Regierung Hilfestellung zu leisten.

Die SPD/FDP-Koalition verfügt im Deutschen Bundestag über eine deutliche rechnerische Mehrheit. Diese Mehrheit soll sie nutzen, und jeder Wähler, der am 5. Oktober seine Stimme entweder der SPD oder der FDP gegeben hat, wird in der nächsten Zeit noch oft Grund haben, über diese Wahlentscheidung nachzudenken.

MANFRED WÖRNER:

Der Westen braucht ein gemeinsames Konzept

Wir stehen vor einer neuen kritischen Phase der Ost-West-Beziehungen, markiert

- im Osten durch
- eine Politik harter Abgrenzung der Sowjetunion und der DDR,

- Erschütterungen im sowjetischen Machtbereich,
- die anhaltende Besetzung Afghanistans,
- die ungebrochene und massive sowjetische Aufrüstung;
- im Westen durch
- eine neue amerikanische Führung, die deutlich andere Vorstellungen von der Stellung der USA in der Welt, vom Verhältnis zur UdSSR und von Entspannungspolitik hat und
- ein neues Selbstvertrauen der amerikanischen Nation in sich und ihre Kräfte.

Täuschen wir uns nicht: die amerikanischen Wahlen haben mehr bewirkt als einen bloßen Regierungswechsel. Hier hat sich eine völlig andere, neue Grundstimmung im amerikanischen Volk Bahn gebrochen.

Diese Veränderungen in Ost und West zwingen die Bundesregierung zur Überprüfung und Korrektur ihrer Politik. Die USA und die Europäer können sich nicht länger ein unterschiedliches Konzept der Entspannung leisten. Es gehört zu den dringlichsten Aufgaben des Bündnisses, die Entspannungskonzepte zu klären, zu harmonisieren und zu einer gemeinsamen Politik gegenüber dem Osten zu finden. Wer wie der Bundeskanzler so tut, als sei alles beim alten geblieben, legt den Keim für ernste Zerwürfnisse im Bündnis.

Auch wir von der CDU/CSU suchen ein möglichst konstruktives Verhältnis zur Sowjetunion, zur DDR und den osteuropäischen Staaten. Wir wünschen uns Miteinander statt Gegeneinander, Gespräch statt Feindseligkeit, Entspannung statt Spannung.

Wir sind bereit zur Zusammenarbeit,

aufrichtig und ohne Hintergedanken. Zusammenarbeit auf allen Gebieten, wirtschaftlich, technisch, wissenschaftlich, kulturell und sportlich. Allerdings erwarten wir umgekehrt von der Sowjetunion Entgegenkommen. Es geht nicht an, daß wir Zusammenarbeit praktizieren und Abrüstung anbieten, während die UdSSR Konfrontation betreibt und die Aufrüstung gegen uns selbst dort noch fortsetzt, wo sie schon überlegen ist. Natürlich müssen auch Rückschläge einkalkuliert, hingenommen und überwunden werden.

Wer allerdings nur die logisch wie politisch unhaltbare Formel wiederholt: „Zur Entspannungspolitik gibt es keine Alternative“, liefert sich dem Diktat dessen aus, der Spannung zum Instrument seiner Politik macht.

Zu jeder Politik gibt es eine Alternative. Unsere Alternative kann sicher nicht lauten: eine Politik der Spannung oder der Abgrenzung. Aber genau soweit können wir einfach nur so weitermachen wie bisher.

WALTHER LEISLER KIEP:

Die Jugend braucht klare Antworten

Die SPD hat zur Sozialen Marktwirtschaft kein positives und bejahendes Verhältnis gefunden. Auch das immer wieder beschworene Godesberger Programm hat daran nichts geändert, da es ohnehin mehr als strategischer Umweg denn als ein Papier grundsätzlicher Einsicht zu bewerten ist.

Die SPD stellt sich deshalb als eine Partei dar, die auf ihren Parteitagen Ordnungspolitik als semantischen

Klassenkampf begreift, während der von ihr gestellte Bundeskanzler mehr schlecht als recht versucht, die Zwänge der Tagespolitik mit den programmatischen Forderungen seiner Genossen in Übereinstimmung zu bringen.

Das Ergebnis dieser Politik ist eine ausufernde Staatsquote ohne ordnungspolitische Konturen, aber mit Krisenercheinungen in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Wie weit diese Entwicklung gediehen ist, kann man daran erkennen, daß selbst der Bundeskanzler nunmehr die damit verbundene Bürokratisierung beklagt. Die FDP hat diese Entwicklung aktiv mitgetragen und dabei weniger marktwirtschaftliches Rückgrat gezeigt als seinerzeit Karl Schiller, der sich dieser Politik durch seinen Rücktritt verweigerte.

Graf Lambsdorff sollte sich deshalb nicht wundern, daß er — wie er jüngst in einem Interview beklagte — in der Union keine wirtschaftspolitischen Gesprächspartner findet. Ein paar ordnungspolitische Farbtupfer auf diese Art von Politik aufzutragen, macht nämlich noch keinen „Erhard der 80er Jahre“ aus.

Eine klare ordnungspolitische Orientierung entscheidet jedoch darüber, ob uns die Lösung der großen wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme der 80er Jahre gelingen wird. Dabei geht es nicht um einen bedingungslosen Wachstumsfetischismus, sondern um die Erwirtschaftung der Ressourcen, die wir für die Aufgaben im eigenen Land, aber auch für den Kampf gegen die Armut in der Dritten Welt benötigen.

Hier gilt es, einen gesellschaftlichen Dissens beizulegen, denn gerade die junge Generation, die die Soziale Marktwirtschaft nicht als leistungsfähige und freiheitliche Alternative zur bürokratisierten Mangelverwaltung erleben konnte, sondern in diese Ordnung hineingeboren wurde, braucht eine klare Antwort. Sie fragt sich subjektiv manchmal zu Recht, ob nicht zum Beispiel die anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage oder die Situation am Wohnungsmarkt systembedingte Mängel seien. Sogar die Vermutung, daß unser Wirtschaftssystem für den Verlust zwischenmenschlicher Beziehungen und die Leere in vielen Bereichen unserer industriellen Wohlstandsgesellschaft verantwortlich sei, wird zuweilen geäußert.

Die Forderung nach einer alternativen Wirtschaftsordnung, von der niemand weiß, wie sie aussehen soll, von der viele aber dennoch Wunder erwarten, ist dann schnell erhoben. Doch so einfach darf man sich die Auseinandersetzung mit diesem Thema nicht machen. Politik, Schule und Medien müssen hier noch viel Aufklärungsarbeit leisten.

Wer seinen persönlichen Standort kritisch analysiert, stellt häufig fest, daß eine starke Kommerzialisierung unserer Gesellschaft Bereiche wie Kultur, Moral und Recht durchaus nachteilig beeinflussen kann. Eine menschliche Gesellschaft kann eben, wie Wilhelm Röpke es zutreffend formulierte, nicht auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage reduziert werden.

Das bedeutet: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik können keine Haftung für individuelles Lebensglück übernehmen. Aber sie entscheiden über gesicherte und angemessene

materielle Lebensumstände als eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für ein menschenwürdiges Dasein.

Die Diskussion über Sinn und Zweck des Staates und die Bereitschaft junger Bürger, sich für diesen Staat zu engagieren, wird im wesentlichen von unserer Fähigkeit abhängen, immer wieder deutlich zu machen, daß unsere Gesellschaft kein gepanzerter Konsumverein ist, sondern ein Zusammenschluß von Menschen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Ideale unserer Verfassung für alle Menschen in unserem Lande zu verwirklichen und Solidarität auch nach außen zu üben.

GERHARD STOLTENBERG:

Der Bund muß seine Zusagen einhalten

Fehlende politische und finanzielle Mittel für die Zukunftsaufgaben in einer schwerer werdenden Zeit sind auch durch Appelle zum „Mut zur Zukunft“ überhaupt nicht zu ersetzen. Der Bundeskanzler hat mit seinen Attacken gegen die Länder vor der Bundestagswahl wenig Verständnis auch bei seinen zuständigen eigenen Freunden in der SPD gefunden. In der abgewogeneren Sprache der Regierungserklärung erneuert er den Anspruch der Umverteilung der Einnahmen zugunsten des Bundes.

Wir müssen hier einmal mit der Diskussion über die Aufgaben und Ausgaben beginnen. Es hat wirklich keinen Sinn, die immer kürzer gewordene Finanzdecke bis zum Zerreißen zwischen Bund und Ländern so heftig hin- und herzuziehen, daß die wech-

selseitigen Beziehungen dauerhaft geschädigt werden.

Ich muß daran erinnern, daß die Regierungskoalition nach 1969 zunächst jene Bereiche zu zentralen Zukunftsaufgaben erklärt hat, die im Finanzierungsreich der Länder liegen, allen voran die Bildungspolitik. Der damalige Bundeskanzler Brandt sagte in seiner ersten Regierungserklärung 1969: Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen, die es bei uns vorzunehmen gilt.

Die Priorität von Bildung und Wissenschaft war schon seit 1965 zwischen den Parteien nicht strittig. Ich will einmal die Zahlen vorlesen. 1970 wurden 23,4 Milliarden DM für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland ausgegeben. 1979 fast 56 Milliarden DM. Aber hiervon tragen Länder und Gemeinden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten rund 97 %, wenn ich einmal die BAFÖG-Mittel aus diesem Bereich ausklammere, obwohl nach der Art des öffentlichen Auftretens, der Forderungen, des Erteilens von Zensuren manchmal der Eindruck entsteht, der Bund würde 97 % dieser Ausgaben tragen.

Nein, wir tragen 97 % der Mittel für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Verantwortung. Diese Mittel werden weiter steigen, um der Verantwortung gegenüber der Jugend gerecht zu werden.

1975 räumt die Bundesregierung der Aufgabe der Konjunkturunterstützung einen besonderen Vorrang ein. Heute weist der Bund auf wachsende internationale Verpflichtungen hin, während wir auch im Kontext dieser Regierungs-

erklärung die erheblich steigenden Herausforderungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Ausländerpolitik im wesentlichen im Rahmen unserer Kompetenz, vor allem auch im Rahmen unserer Finanzausstattung, zu bewältigen haben.

Was nicht geht, Herr Bundeskanzler, ist ein mit akuter Finanznot begründeter abrupter Kurswechsel, eine Schnellbremse in wichtigen und sensiblen Bereichen wie der Wissenschafts- und Bildungspolitik. Hier nehmen sonst bedeutende Einrichtungen, vor allem aber viele Menschen schwersten Schaden. Man kann über die Neubestimmung der Ausbauziele für die Hochschulen reden.

Aber ich sage sehr deutlich: Es ist absolut unerträglich, wenn die verfassungsmäßig zuständigen Bundesländer, vor allem die Hochschulen, ihre Organe selbst, die Studentenwerke und andere bis Oktober 1980 mit bestimmten finanziellen Zusagen des Bundes arbeiten und planen und dann acht Wochen vor Jahresende über Nacht erfahren, daß im nächsten Jahr Hunderte von Millionen zugesagter Bundesmittel fehlen.

Das ist nach meiner Überzeugung der Skandal, nicht die Tatsache, daß Sie — die Koalition, die Regierung — wegen länger erkennbarer finanzieller Schwierigkeiten zu einer mittelfristigen Umsteuerung auch in den Größenordnungen kommen wollen. Vieles von dem, was hier der Herr Bundeskanzler und andere sehr eindrucksvoll über das Vertrauen der Jugend und das Vertrauen der Bürger gesagt haben, wird durch eine solche Politik — nicht so sehr wegen der finanziellen Größenordnungen, aber wegen der Abruptheit, der Härte und der Plötzlichkeit des Vorgehens in Frage gestellt.

NORBERT BLÜM:

Bruttolohnbezogene Rente steht nur noch auf dem Papier

Die Kunst der Politik ist die Kunst der Prioritäten. Diese alte Einsicht wird zum neuen Einmaleins der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Kunst der Prioritäten gilt allerdings nicht nur für das Ausgeben von Geld, sondern auch für das Einnahmen. Und dies ist der erste und schwerste Vorwurf gegen die Sparpolitik der Bundesregierung. Sie ist ohne jede Priorität und deshalb auch ohne Plausibilität.

Offensichtlich hat die Regierung wieder einmal den Radarschirm rotieren lassen, um den Weg des geringsten Widerstands auszukundschaften. Das ist weder mutig noch zukunftsträchtig. Nicht „Mut zur Zukunft“, sondern „Angst vor der eigenen Courage“ ist das wirkliche Motto der Regierungs-erklärung.

Wenn wir uns darauf einigen könnten, daß weder Regierung noch Opposition einfach aus dem vollen schöpfen können, dann ist der Streit zwischen uns nicht ein Streit, ob gespart werden muß, sondern wo und wie gespart werden kann. Die Alternative zwischen SPD/FDP auf der einen Seite und CDU/CSU auf der anderen ist also nicht eine Alternative zwischen mehr oder weniger Sozialpolitik, sondern über die Art der Sozialpolitik.

Das Ende der Expansion ist nicht das Ende des Sozialstaates. Aber es ist vor allen Dingen das Ende der Einfallslosigkeit. Nivellierung kommt mit dem einfachen Mehr oder Weniger aus, Differen-

zierung ist auf Phantasie angewiesen. Humanes Wachstum besteht nicht einfach nur aus einem Mehr an materiellem Wohlstand.

Das meiste ist nicht immer das Beste. Der Kampf zwischen SPD/FDP und uns geht also nicht um das Mehr oder Weniger, sondern um das Besser oder Schlechter in der Sozialpolitik. Nicht wer 10 Mark mehr gibt, ist schon der bessere Sozialpolitiker. Wer Politik auf „Einkommen und Auskommen“ reduziert, vergißt die Nachkommen.

Zur Rentensituation sagte Blüm: Die Rente ist Gegenleistung für Leistung, und das soll sie nach unserer Meinung bleiben. Unser Rentensystem entspringt der Gerechtigkeit und Rente ist nicht ein Geschenk des Staates. Sie ist ein späterer Lohn für frühere Arbeit und Beitragsleistung. Niemand will Barmherzigkeit, wenn er Leistungsgerechtigkeit verlangen kann. Rentenpolitik als Fürsorgepolitik ist ein Angriff auf das Selbstbewußtsein der älteren Mitbürger. Sie biegt und beugt den „aufrechten Gang“ der Alten, nämlich ihre Selbstachtung. Die Rente muß lohnbezogen bleiben.

Die Rentenpläne Ehrenbergs von der Behindertenrente bis zur Mindestrente führen weg vom selbsterarbeiteten Anspruch und hin zur staatlichen Gu-laschkanone, aus der jeder seinen Schlag erhält. Die bruttolohnbezogene Rente ist die Rente, welche den größten Abstand zum Staat hat und die höchste Sicherheit vor seiner Manipulation. Aber die bruttolohnbezogene Rente steht bei dieser Regierung nur noch auf dem Papier, vornehmlich der SPD-Flugblätter.

HELGA WEX:

Gleichberechtigung der Frau muß Vorrang haben

Der Bundeskanzler hat beklagt, daß die Gleichberechtigung der Frau nur auf dem Papier steht und hierbei erklärt, das meiste hierzu müsse die Gesellschaft leisten. Die Leistungen der Frau in der Familie müßten ebenso hoch bewertet werden wie die Arbeit der Frau im Beruf.

CDU/CSU können diesen Aussagen nur zustimmen, wir haben diese Auffassung seit langem vertreten. Aber wie sieht die Gleichwertigkeit von familiärer Berufstätigkeit heute aufgrund der von SPD und FDP geführten Politik denn aus?

In dem von der SPD und FDP durchgesetzten Mutterschaftsurlaubsgeldgesetz geht die nicht erwerbstätige Frau leer aus, der im Haushalt für die Erziehung der Kinder Tätige hat keine Unfallversicherung. In der Rentenversicherung besteht kein eigenständiger Schutz und nach den Plänen von SPD und FDP soll nach der Reform 1984 der im Haushalt Tätige mit einem Jahr rentenrechtlicher Anerkennung abgespeist werden. Bildungspolitisch wird argumentiert, in Haushalt und bei der Kindererziehung könne man höhere Ausbildung nicht entsprechend anwenden.

Dies nenne ich schlicht arrogant und eine Mißachtung dieser Tätigkeit, denn nichts, was man gelernt hat, ist überflüssig für die Kinder. Im Steuerrecht — dies zeigt der Streit um den Kinderbetreuungsbetrag sehr deutlich — ist die Arbeit der Mutter nichts wert. Auch in

den jüngsten Materialien der SPD zu Grundsatzfragen der Familienpolitik vom 5. November 1979 ist von der gleichwertigen Tätigkeit der Hausfrau und erziehenden Mutter nicht die Rede.

Das von der SPD und der Bundesregierung in Wahlreden gebrauchte Wort der Wahlfreiheit von Mann und Frau ist nur eine leere Worthülse, wenn man gleichzeitig eine Politik betreibt, die auf eine einseitige Begünstigung der berufstätigen Frau hinausläuft.

Es sollte eine der Hauptaufgaben der Politik sein, diese Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen und für Abhilfe zu sorgen. Die Aussagen der Koalitionsparteien jedoch berechtigen nicht zu dieser Zuversicht. Jeder weiß heute, die im Grundgesetz niedergelegte Gleichberechtigung ist im Alltag noch nicht verwirklicht und dies über 30 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes. Die Versäumnisse der Vergangenheit aber müssen aufgearbeitet werden trotz der neuen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Aber wir müssen handeln. Die Union hat vor dem 5. Oktober ein Zehnjahresprogramm zur Gleichberechtigung der Frau angeregt. Wir stehen weiter zu diesem Vorschlag. Wir bieten als Opposition der Bundesregierung und den Koalitionsparteien unsere Zusammenarbeit hierzu an.

In Zusammenarbeit mit den Tarifparteien, den Landesregierungen, den Kirchen, den Wirtschaftsverbänden und anderen sollte ein Zehnjahresprogramm zur Herstellung gleicher Chancen für Frauen und Männer im Arbeitsleben, in der Familie und im öffentlichen Leben erstellt werden.

ALFRED DREGGER:

Eine sinnvolle Ausländerpolitik ist dringlich

Inzwischen leben fast 4,5 Millionen Ausländer in unserer Mitte, ihre Zahl wächst, insbesondere die der Kinder und der Familienangehörigen der ausländischen Arbeitnehmer. Das wirft Fragen auf, die nicht nur mit Integrationsappellen an unsere Mitbürger beantwortet werden können.

Die Regierung muß die Probleme beschreiben, muß Lösungen aufzeigen und sagen, welchen Weg sie gehen will. Administrieren ist seit langem nicht mehr ausreichend. Auch hier sind Führungsentscheidungen notwendig.

Erste Frage, die beantwortet werden muß: Wollen wir die Assimilierung aller Ausländer, die bleiben wollen? Geht das überhaupt? Bei Angehörigen unserer europäischen Nachbarvölker ist das gewiß möglich, aber ist das — von Ausnahmen abgesehen — auch bei den Ausländern möglich, die anderen Kulturräumen angehören, zum Beispiel bei den 1,3 Millionen Türken?

Ich habe größten Respekt vor dem Islam und seiner großen Kultur, mit der ich mich seit langem beschäftige. Ich habe auch vor dem tapferen türkischen Volk großen Respekt. Aber das beantwortet nicht die Frage, ob Menschen, die einer anderen Hochkultur entstammen, bei uns voll integriert, das heißt letztlich assimiliert werden können.

Zweite Frage: Wenn wir die Assimilierung nicht wollen oder soweit sie nicht durchführbar ist, wollen wir statt des-

sen eine Integration ohne Assimilierung? Das würde mittelfristig bedeuten, daß wir zum Beispiel den Türken die Existenz als völkische Minderheit mit weitreichender kultureller Autonomie in unserem Land einräumen müßten. Das würde den Charakter unseres Staates grundlegend verändern.

Für eine sinnvolle Ausländerpolitik sollten wir folgende drei Gesichtspunkte beachten:

① Unser Land ist zu klein und zu dicht bevölkert, als daß es möglich wäre, Ausländer in unbegrenzter Zahl aufzunehmen. Der mit Recht verhängte Anwerbestopp muß beibehalten, und es muß verhindert werden, daß er über das Asylrecht massenhaft von Menschen umgangen wird, die nicht politisch verfolgt sind. Wir müssen den in Not befindlichen Menschen der Dritten Welt helfen, aber in erster Linie in ihrer Heimat.

② Die Rückkehr von Ausländern in ihre Heimatländer sollte gefördert werden, insbesondere solcher Ausländer, deren volle Integration nicht möglich ist. Zu ihrer produktiven Wiedereingliederung in die Wirtschaft ihrer Heimatländer sollten wir aktiv beitragen, womit wir zugleich ihren Heimatländern einen wichtigen Dienst erweisen würden.

③ Für die bei uns verbleibenden Ausländer muß eine Lösung gefunden werden, die ihnen Gerechtigkeit widerfahren läßt, die für alle Seiten akzeptabel ist, die einer aufkeimenden Fremdenfeindlichkeit entgegenwirkt. Eine solche Lösung kann in dieser schwierigen Frage nur gefunden werden, wenn nicht verdrängt, sondern offen diskutiert wird. Die Regierung sollte dazu im Bundestag eine fundierte Vorlage machen. Wir werden gern daran mitarbeiten.

Zur Sache:

Nach den Wahlen - zählen!

SPD und FDP begannen ihre Regierung mit einem glatten Fehlstart. Zehn Jahre hatte man geglaubt, für den Staat sei alles machbar; ungehemmt hatte man riesige Schulden angehäuft. Als die Union vor der Bundestagswahl auf die großen Gefahren der Staatsverschuldung hinwies, sagte Kanzler Schmidt: "Dummes Zeug!"¹⁴

In seiner Regierungserklärung mußte auch Helmut Schmidt die Wahrheit eingestehen:

- das Benzin soll höher besteuert werden
- die Sparförderung wird ersatzlos gestrichen
- soziale Leistungen werden demonstriert
- die Arbeitslosigkeit wird ansteigen
- die Renten werden mit Buchungstricks manipuliert

In dieser schwierigen Lage bräuchten wir in der Tat eine Regierung mit Mut zur Zukunft. Aber Mut zur Zukunft würde die Kraft erfordern, die Probleme der 80er Jahre zu durchdenken und tragfähige Entscheidungen herbeizuführen. Dazu hat diese Regierung nicht mehr die notwendige Energie.

Phantasielos versucht sie, staatliche Ausgaben mit der Heckenschere zu kürzen. Dabei trifft sie vor allem die kleinen, wehrlosen Leute. Bei ihr bleiben all jene auf der Strecke, die nicht laut schreien, nicht demonstrieren und nicht ihre Ellbogen einsetzen.

Selbstverständlich muß gespart werden. Doch der Sozialstaat muß sich gerade in Zeiten knapper Kassen bewahren. Was wir brauchen, ist eine neue Qualität der Sozialpolitik.

Mehr Gerechtigkeit und mehr Menschlichkeit in unserem Sozialstaat ist keine Frage der finanziellen Zuwächse. Der Hauptmangel ist, daß die Menschen in Not und Schwäche einer anonymen, kostspieligen und oft ahnungslosen Bürokratie ausgeliefert sind, der gerade die Schwachen und Bedürftigen hilf- und ratlos gegenüberstehen.

Wir werden mit unserer Politik versuchen, dieser unheilvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Helmut Kohl in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung:

“Das Gefühl der Geborgenheit, das Erlebnis menschlicher Zuwendung, die Überschaubarkeit persönlicher Lebensbereiche, Orientierungssicherheit in einer Welt des Wandels – das sind Bedürfnisse, für die Politik eine neue Sensibilität entwickeln muß.“

CDU


UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 5. 12. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 5. 12. Mittelstandsvereinigung
der CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand, München
- 5./6. 12. KPV d. CDU/CSU — Bund
Arbeitskreis „Große Städte“,
Bundestagtagung „Parteiarbeit —
Fraktionsarbeit“, Dortmund
- 6. 12. LV Schleswig-Holstein, Sozial-
ausschüsse, Landesausschuss,
Rendsburg
- 8. 12. CDU — Bund
Bundesausschuss, Bonn
- 8. 12. EAK d. CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand, Bonn
- 10. 12. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand und Kreis-
vorsitzendenkonferenz, Mainz
- 10. 12. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
- 10.12. LV Oldenburg
Landesvorstand, Oldenburg
- 12. 12. LV Braunschweig
Landesvorstand, Braunschweig
- 12./13. 12. LV Westfalen-Lippe
Kreisgeschäftsführertagung,
Altastenberg

- 12./13. 12. JU — Bund
Bundesvorstand und Deutschland-
ratsitzung, Bonn
- 12./13. 12. CDU — Bund
Klausurtagung des erweiterten
Bundesvorstandes
- 15. 12. LV Berlin, Landesvorstand
mit MDBs, Berlin
- 15. 12. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand,
Stuttgart
- 18. 12. LV Oldenburg, Kreisgeschäfts-
führertagung, Wardenburg
- 10. 1. CDU — Bund
Sozialausschüsse, Betriebs- und
Personalrätekonferenz,
Castrop-Rauxel
- 10. 1. LV Schleswig-Holstein
Landesvorstand, Kiel
- 12. 1. LV Berlin
Landesvorstand, Berlin
- 12. 1. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand,
Stuttgart
- 12. 1. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
- 16. 1. LV Braunschweig
Landesausschuss, Braunschweig
- 16./17. 1. LV Baden-Württemberg
Klausurtagung des Landes-
vorstandes, Bad Boll
- 17. 1. LV Schleswig-Holstein
Landesausschuss, Kiel

UiD

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.